

Statement zu ein Jahr schwarz-blauer Dambruch in NÖ

Alexander Pollak

Die Koalition mit der niederösterreichischen ÖVP mit einer niederösterreichischen FPÖ, die von Rechtsextremisten und Rassisten durchsetzt sind, war und ist ein politischer Dambruch. Es ist ein Dambruch, der keinesfalls notwendig gewesen wäre. Die FPÖ hat in Niederösterreich bei der Wahl 2023 weniger als ein Viertel der Stimmen erreicht. Mehr als drei Viertel der Wählerinnen und Wähler haben andere Parteien gewählt. Dennoch hat sich die ÖVP für diesen Dambruch entschieden. Dieser hat Auswirkungen auf Niederösterreich, aber auch darüber hinaus. Denn nun gibt es in mehreren wichtigen Bundesländern keine Feuermauer gegen den politischen Rechtsextremismus mehr.

Was hat der Dambruch nach rechts außen in Niederösterreich bewirkt?

Wir erleben, dass Politiker, die antisemitische Magazine bejubelt und sich nie davon distanziert haben, zum Landeshauptfrau-Stellvertreter ernannt werden.

Wir erleben in Niederösterreich, dass Politiker, die sich gegenüber Kindern rassistisch geäußert haben, mit hohen politischen Posten belohnt werden.

Wir erleben, dass das Integrationsressort in die Hände einer Person gelegt wurde, die Integration von Asylsuchenden während ihres oft Monate oder Jahre dauernden Verfahrens kategorisch ablehnt. Der nun zuständige Landesrat will nicht, dass Asylsuchende geförderte Deutschkurse absolvieren, dass sie eine Ausbildung machen, dass sie einer Arbeit nachgehen, dass sie Kontakte knüpfen. Er hält all das wortwörtlich für "Geldverschwendung". Der "Integrationslandesrat" will nicht Integration, sondern Desintegration. Ganz gezielt. Das kommt heraus, wenn eine rassistische Partei mit den Integrationsagenden betraut wird.

Wir erleben darüber hinaus, dass Stimmungsmache gegen Drittstaatsangehörige betrieben wird, als ob diese Menschen nicht Teil der Bevölkerung in Niederösterreich wären. Etwa bei den Teuerungshilfen, wo der Ausschluss eines Teils der niederösterreichischen Bevölkerung groß zelebriert wurde.

Wir erleben, dass sich ÖVP und FPÖ gemeinsam schützend vor Gottfried Waldhäusl gestellt haben, als die Justiz wegen des Verdachts der Verhetzung gegen ihn ermitteln wollte. Dabei war Waldhäusl zum Zeitpunkt seiner unter Verhetzungsverdacht stehenden Äußerungen gar kein Abgeordneter und damit nicht politisch immun gewesen. Erst im Nachhinein wurde er immunisiert.

Wir erleben, dass sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner an die Rhetorik der Spaltung der extremen Rechten angepasst hat. Sie ist in Niederösterreich voll in einen Wettkampf eingestiegen, in dem es nicht um die besseren Konzepte geht, sondern allein darum, wer gesellschaftliche Spaltung und Frontenbildung am lautesten und schrillsten vertritt.

Da wird dann von der Landeshauptfrau Mikl-Leitner lautstark die Abschaffung des unter ihr als Innenministerin eingeführten verkürzten Wegs zur Staatsbürgerschaftsverleihung bei

außerordentlichen Integrationsleistungen gefordert, obwohl Österreich ohnehin Schlusslicht in Europa beim Zugang zur Staatsbürgerschaft ist.

Da werden dann von der Frau Landeshauptfrau ausschließlich Musliminnen und Muslime dazu aufgerufen, sich von Antisemitismus und Terror zu distanzieren.

Und dann werden von der Frau Landeshauptfrau positive Werte ausschließlich als „christlich-jüdische Werte“ bezeichnet und damit Anders- und Nichtgläubige Menschen ausgegrenzt und abgewertet.

Dem politischen Dambruch in Niederösterreich ist der Dambruch in Salzburg gefolgt. Und beide Dambrüche werfen ihre Schatten auf die kommenden Nationalratswahlen voraus.

Es bleibt nun der Zivilgesellschaft überlassen, die Restaurierung der eingestürzten Feuermauer gegen Rechtsextremismus und Rassismus einzufordern. Einer Zivilgesellschaft, die gerade in Niederösterreich Beachtliches und Außergewöhnliches leistet. Ehrenamtliche Menschen, die viel Energie darauf aufwenden, die Landtagssitzungen zu beobachten und kritisch zu analysieren, mit dem Ziel, die Demokratie wieder zu stärken und Vernunft und Menschlichkeit einzufordern.

Ich weiß nicht, wie viele Bürger:innen und Politiker:innen sich dafür bei der Initiative Zusammenhalt Niederösterreich für die wichtige Demokratiearbeit bedankt haben, aber ich möchte die Gelegenheit jedenfalls nutzen, um danke zu sagen dafür, dass ihr das in eurer Freizeit macht, danke dafür, dass ihr das andere Niederösterreich vertretet.

Zitat:

„Wir erleben, dass sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner an die Rhetorik der Spaltung der extremen Rechten angepasst hat. Sie ist in den vergangenen Monaten in einen Wettkampf eingestiegen, in dem es nicht um die besseren Konzepte geht, sondern allein darum, wer gesellschaftliche Spaltung am lautesten und schrillsten vertritt. Es bleibt einer mutigen und engagierten Zivilgesellschaft überlassen, die Restaurierung der eingestürzten politischen Feuermauer gegen Rechtsextremismus wieder einzufordern“, sagt Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.